



Haushaltsrede
Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2019
im Stadtrat Bayreuth
am 30. Januar 2019

Verehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Bayreuther Stadtrates
und der Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie alle herzlich zum Tagesordnungspunkt „Vorlage des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2019“ begrüßen.

Dieser Haushaltsentwurf steht unter der Überschrift:

„Augenmaß, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung“.

Bayreuth, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich in vielerlei Bereichen in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Eine solche Entwicklung – ich habe in der Vergangenheit schon mehrfach darauf hingewiesen und will es heute wieder tun – eine solche Entwicklung hat viele Väter und Mütter, sie ist das Ergebnis des Zusammenwirkens vieler.

Hierzu gehören die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, der Stadtrat wie die Verwaltung ebenso wie die Oberbürgermeisterin oder die Universität wie auch die Wirtschaftsunternehmen unserer Stadt oder auch Institutionen und Vereine, die Bayerische Staatsregierung, oder auch die Gesetzgebung des Bundes und viele bzw. vieles andere mehr.

Und was für die gesamte Situation der Stadt gilt, gilt selbstverständlich auch für den jährlich zu verabschiedenden Haushalt der Stadt Bayreuth.

Auch der Haushalt der Stadt ist nicht allein Ausdruck des Willens und der Ziele einer Einzelperson oder einer politischen Gruppierung, er ist eben unter anderem auch das Ergebnis der Beschlüsse des Stadtrates.

Bereits die Eckdaten zeigen, dass in den vergangenen Jahren solide und mit Augenmaß gearbeitet worden ist, diesen Weg wollen wir auch mit dem Haushalt 2019 weitergehen.

Der Schuldenstand der Stadt betrug zum Jahresende 2013 rund 121,7 Millionen Euro, Ende dieses Jahres wird die Stadt – bei planmäßigem Haushaltsvollzug – die Schulden auf rund 75 Millionen Euro reduziert haben.

Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich seit dem Jahr 2013 – damals lag sie bei 1710 Euro pro Einwohner – auf 1211 Euro im Jahr 2018 pro Einwohner verringert.

Wir haben – völlig unabhängig von diesem erheblichen Schuldenabbau – dennoch seit Beginn des Jahres 2013 bis zum Ende des Jahres 2018 in der Summe Ausgaben in Höhe von insgesamt 167,8 Millionen Euro für Investitionen getätigt.

Es ist uns also gelungen, ohne dass wir die Investitionen verringert haben und ohne dass wir Einsparungen an der Lebensqualität für die Menschen in unserer Stadt vorgenommen haben, in den Jahren 2013 bis Ende 2019 rund 38 Prozent all unserer Schulden, die sich zuvor bis zu den Jahren 2006/2007 über Jahrzehnte aufgebaut haben, abzubauen.

Wir werden zudem – nachdem dies erstmals seit wohl mehr als zwei Jahrzehnten im vergangenen Jahr möglich war – auch im Jahr 2019 keinerlei genehmigungspflichtige Kredite aufnehmen.

Mit dem erheblichen Schuldenabbau in den vergangenen Jahren kommen wir dem Ziel, nachfolgenden Generationen Gestaltungsspielräume zu schaffen und zu erhalten, ein wesentliches Stück näher, dies ist das Ergebnis von Augenmaß, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung.

Die vorgesehenen Mittel für Investitionen belaufen sich im vorgelegten Haushaltsentwurf ohne die Stadthalle und den Erwerb von Grundstücken oder beweglichem Sachvermögen und Finanzvermögen sowie Investitionsfördermaßnahmen auf rund 42,6 Millionen Euro, für die Stadthalle sind rund 18,5 Millionen Euro vorgesehen.

Anmerken möchte ich in diesem Zusammenhang: Selbstverständlich ist mir bewusst, dass die Höhe der Veranschlagungen für Investitionen oftmals nicht dem tatsächlich Umgesetzten entspricht. Dies ist auch nicht neu und die Gründe hierfür sind ebenfalls nicht neu. Als Stichworte seien genannt: Dass für ein Vorhaben beispielsweise die Förderzusage später eintrifft als erwartet, dass Veränderungen im Bauablauf eintreten, dass der Stadtrat eine Planung verändert, oder die Tatsache, dass vorhandene Personalstellen in der Verwaltung nur schwer besetzt werden können oder bauausführende Firmen Aufträge wegen bereits bestehenden Auftragsüberhangs nicht im gewünschten Zeitraum zu akzeptablen Preisen ausführen können. All diese – und andere Gründe mehr – können dazu führen, dass im Haushalt veranschlagte Beträge für Investitionen nicht oder nicht in der geplanten Größenordnung abgerufen werden.

Die Liquidität der Stadt am Jahresende 2019 liegt bei planmäßigem Haushaltsvollzug bei rund 21,25 Millionen Euro. Der Ansatz für die Gewerbesteuer-einnahmen beträgt rund 75,8 Millionen Euro, die Grundsteuer B liegt bei rund 11 Millionen Euro, der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer bei rund 40,1 Millionen Euro.

Voraussichtlich erhebliche Einnahmeeinbußen werden wir – auf Grund der guten Steuereinnahmen im Jahr 2017 – bei den Schlüsselzuweisungen haben, das Finanzreferat geht hier derzeit in der Prognose von einem Betrag von lediglich rund 5,9 Millionen Euro aus.

Bei den Ausgaben haben wir bei der Bezirksumlage einen noch nie gekannten Betrag in Höhe von 22,9 Millionen Euro zu verkraften.

Zur Thematik der Bezirksumlage habe ich vor wenigen Tagen bereits deutlich gemacht, dass über das derzeitige System und die Vorgehensweise nachgedacht werden muss.

Um jedoch von vornherein mögliche Missverständnisse auszuschließen:

Es geht nicht darum, den Bezirk mit weniger Geld auszustatten. Die Aufgaben des Bezirks sind von großer wie erheblicher Bedeutung für unsere Gesellschaft, für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Es geht vielmehr um das Nachdenken und gegebenenfalls Verändern des derzeitigen Systems, das ja ein System ist ohne jede Berücksichtigung der individuellen Situation der Kommunen und ohne vorherige Besprechung. Ich bin zu dieser Thematik auch mit dem Bamberger Kollegen Andreas Starke im Gespräch. Und mit Bezirkstagspräsident Henry Schramm habe ich besprochen, dass wir hierzu im Sommer miteinander reden.

In diesem Zusammenhang darf ich auf ein Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zwischen der Stadt Forchheim und dem Landkreis Forchheim in Bezug auf das Thema Kreisumlage verweisen. Ich gehe davon aus, dass – zumindest mittelfristig – künftig im Vorfeld einer Beschlussfassung des Bezirkstages die umlagepflichtigen Kommunen zumindest zu ihrer Finanzlage gehört werden und der bisherige Automatismus ohne vorherige Anhörung nicht mehr angewendet wird.

Diese Einschätzung wird im Übrigen auch seitens des Bayerischen Städtetags in einer ersten Bewertung geteilt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

„Augenmaß, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung“ heißt auch, dass die Stadt Bayreuth in vielerlei Bereichen investiert, sich engagiert und ständig an der Verbesserung der Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger wie auch an der Attraktivität als Wirtschafts-, Arbeits-, Lern- und Lebensstandort arbeitet. Dies wird auch außerhalb Bayreuths wahrgenommen. Sichtbarer Beweis sind die ganz unterschiedlichen Rankings in den vergangenen zwei, drei Jahren, Bayreuth hat hier vielfach gute bis sehr gute Platzierungen erreicht.

Nur ein Beispiel ist das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit, Bayreuth wird inzwischen als besonders familien- und kinderfreundlich wahrgenommen. Im Frühjahr vergangenen Jahres kam die Nachricht über das Ergebnis einer Studie zum Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit. Dieser Studie zufolge, die Statistiken und Online-Portale ausgewertet hat, ist Bayreuth die familienfreundlichste Stadt Deutschlands für Familien mit drei Kindern unter den 107 kreisfreien Städten bis 100.000 Einwohner. Unter allen Städten, egal welcher Größe, liegt Bayreuth diesem Ranking zufolge auf Rang vier. Bei der Kinderbetreuung belegt die Stadt bundesweit Rang 30 von 107. Überdurchschnittlich gut, auf Platz 31 von 107, schneidet Bayreuth auch bei der Höhe der Mieten und dem für große Familien zur Verfügung stehenden Wohnraum ab. 78 Prozent der Familien mit drei Kindern lebten in einer Wohnung mit mindestens fünf Räumen, heißt es. Bei Mieten liege Bayreuth im Durchschnitt.

Ich denke, wir alle sehen solche Ergebnisse in Rankings – völlig unabhängig davon, ob die jeweiligen Kriterien für diese Rankings bekannt sind und sie unterschiedlichen wissenschaftlichen Standards standhalten – positiv. Wir können zudem feststellen, dass inzwischen nahezu jede Kommune und jede Partei das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit als entscheidend für die Zukunftsfähigkeit begreift und deutlich in den Mittelpunkt stellt.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Anmerkung:

Jede Stadt braucht, um erfolgreich zu sein, Verlässlichkeit und bei aller unterschiedlicher Meinung auch Zusammenarbeit. Und selbstverständlich gilt auch für Ergebnisse in Rankings, dass diese Ergebnisse zustande kommen, weil sich viele engagieren.

In der Kommunalpolitik geht es nicht um rechnerische Mehrheiten, sondern es geht um Diskussion, um das Ringen um den richtigen Weg und es geht vor allem – und nicht zuletzt – um Vertrauen und Zutrauen in die Politik.

In einer Pressekonferenz von vier Fraktionen des Stadtrates vor rund 14 Tagen ist ja Zusammenarbeit ausdrücklich angeboten worden, zumindest habe ich dies der Formulierung im Kurier entnommen, ich zitiere:

„Wir laden die Oberbürgermeisterin gern ein, der konstruktiven Gestaltungsmehrheit beizutreten.“

Ich selbst habe ja am Tag zuvor in meiner Jahrespressekonferenz formuliert: Was ich anbiete, ist sachliche Zusammenarbeit im Interesse der Menschen unserer Stadt.

Selbstverständlich ist in den vergangenen Jahren wie in der Gegenwart vieles gemeinsam, mal einstimmig, mal mehrheitlich – oft auch mit unterschiedlichen Mehrheiten – beschlossen worden und dies wird – da bin ich sicher – auch künftig nicht anders sein.

Lassen Sie uns also das Gemeinsame betonen und das Trennende in vernünftiger Form miteinander diskutieren, um so die besten Lösungen für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich habe bereits darauf hingewiesen, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit für die Zukunft einer Stadt von erheblicher Bedeutung sind, dies spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf 2019 wider.

Für Einrichtungen für die Jugendarbeit beispielsweise sind in der Summe rund 20,1 Millionen Euro vorgesehen. Allein rund 16 Millionen Euro sind in diesem Jahr an Zahlungen für die Kinderbetreuung vorgesehen. Hier geht es beispielsweise um Krippenkinder aber auch um die Betreuung von Schulkindern. Die weiteren Ausgaben verteilen sich auf unsere Angebote der offenen Jugendarbeit in unseren eigenen Einrichtungen und den Jugendtreffs, die von freien Trägern geführt werden.

Auch in die Schullandschaft, in die Kindergärten, in die Anlage bzw. Pflege von Spiel- oder Bolzplätzen wird in erheblichem Maße investiert, die geplanten Investitionen in Schulen liegen im Jahr 2019 bei rund 26 Millionen Euro.

Für Ausstattung digitale Klassenzimmer und Ausstattung integrierte Fachunterrichtsräume sind rund 1,3 Millionen Euro vorgesehen, für Investitionen in Kindergärten und Kitas rund 1,1 Millionen Euro.

Ein anderer entscheidender Bereich, wenn es um die Frage einer lebenswerten Stadt geht, ist das Thema Stadtgrün. Hierauf immer wieder hinzuweisen, ist mir ein wichtiges Anliegen.

Die Stadt investiert in erheblichem Maße insbesondere in die Pflege, es geht um mehr als 200 Hektar an Grünflächen, nur ein Beispiel ist die traditionsreiche Parkanlage des Röhrensees, diese Anlage ist im vergangenen Jahr im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden.

Ein anderes Beispiel für Grün in der Stadt ist der Festspielpark, ein weiteres das rund 45 Hektar große Gelände der Wilhelminenaue.

Hier werden wir Ihnen in den kommenden Wochen einen Vorschlag unterbreiten, demzufolge eine Fläche von rund einem Hektar, die sich nördlich vom Parkplatz gegenüber der Handwerkskammer und östlich vom Fußweg zum Gastro-Pavillon befindet, in einen Naturgarten umgewandelt werden soll. Der Verein „Summer in der City“ will in verschiedenen Teilabschnitten unter anderem Magerwiesen und Blühwiesen sowie Streuobstwiesen anlegen. Insbesondere heimische Pflanzen sollen sich in diesem Naturgarten finden, er soll zudem für Vögel wie Insekten und Kleinstlebewesen Lebensraum bieten. „Summer in der City“ will für finanzielle Mittel zur Materialbeschaffung sorgen und mit der Stadt möglichst bald über einen Nutzungsvertrag sprechen. Ich sehe dieses Engagement sehr positiv, im Verein engagieren sich überwiegend junge Menschen. Gelingt die Umsetzung des Vorhabens, können hiervon auch die Bayreuther Schulen und der in unmittelbarer Nähe geplante Waldorfkindergarten profitieren.

Dieses Beispiel zeigt, was ehrenamtliches Engagement für unsere Stadt bedeutet. In Vereinen wie auch in vielen anderen Bereichen findet sich ein großes und starkes Engagement, in vielen Fällen wird es von der Stadt beispielsweise im Bereich der freiwilligen Leistungen unterstützt. Die freiwilligen Leistungen, also die Auszahlungen an Vereine, Verbände und Organisationen liegen mit rund 4,1 Millionen Euro deutlich über dem Vorjahresbetrag in Höhe von rund 3,7 Millionen Euro. Die Stadt ist mit diesen Zahlungen ein verlässlicher Partner.

Zu Augenmaß, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung gehört unter anderem auch, dass man an Projekten, die man für richtig und notwendig erachtet, festhält und um sie ringt.

Ein Beispiel hierfür ist der Umbau und die Sanierung unserer Stadthalle zum Friedrichs-Forum.

Es ist bekanntlich die größte Einzelinvestition der jüngeren Stadtgeschichte, nach Fertigstellung werden wir über Möglichkeiten für ganz unterschiedliche Kulturangebote verfügen, die es so in unserer Region bisher nicht gibt.

Im kommenden Frühjahr werden wir erneut Baustellenführungen anbieten, um über den aktuellen Stand der Bauarbeiten zu informieren. Ich hatte hierauf ja bereits bei der Jahrespressekonferenz hingewiesen.

Die Informationen zur Stadthalle – was dort geplant ist und den jeweiligen Baufortschritt – dokumentieren wir zudem unter anderem auf den Internetseiten der Stadt.

Wir haben auch einige wesentliche Punkte des vom Stadtrat verabschiedeten Nutzungskonzeptes – was kann in welchen Räumlichkeiten stattfinden – zusammengefasst und auf einer Tafel am Bauzaun veröffentlicht. Und erst kürzlich haben wir hier im Stadtrat das Thema Barrierefreiheit auf Grund eines Antrags des Kollegen Dr. Wührl-Struller und in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat nochmals verbessert und optimiert.

In wenigen Wochen werden wir die Ergebnisse der Untersuchungen zum Betreiberkonzept in den städtischen Gremien diskutieren und entscheiden. Im kommenden Kulturausschuss wollen wir Ihnen zudem den Logo-Entwurf des weltweit anerkannten Hamburger Designers und gebürtigen Bayreuthers Professor Peter Schmidt vorstellen.

Im Anschluss kann das Besucher-Leitsystem im Friedrichs-Forum im Detail geplant werden.

Die Kulturstadt Bayreuth hat sich in den vergangenen Jahren aber nicht nur mit der Entscheidung für die Sanierung und den Umbau der Stadthalle zum Friedrichs-Forum stark positioniert, sondern auch in vielen anderen Bereichen ist die kulturelle Lebendigkeit sichtbar.

Da gehören alternative Kulturangebote ebenso dazu wie beispielsweise Angebote im Bereich Klassik, Theater, Kino, Poetry-Slam oder auch Street-Art. Da gehört die Schoko ebenso dazu wie die Festspiele, der Kulturentwicklungsplan oder unsere Museen und vieles andere mehr. Kunst und Kultur tragen dazu bei, dass der Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft gestärkt wird.

Dies schließt übrigens nicht aus, dass aus unterschiedlichen Positionen heraus miteinander diskutiert und manchmal auch gerungen wird, wenn es beispielsweise um Fragen der Zuschüsse geht. Doch solche Diskussionen sind nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass Kultur und Kunst zu den wesentlichen Elementen gehören, um eine Stadtgesellschaft lebendig und lebenswert zu halten.

Zu Augenmaß, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung gehört unter anderem auch, dass wir weiterhin im Bereich Wohnungsbau sehr genau darauf achten und daran arbeiten, dass es eine vernünftige Balance von Angebot und Nachfrage für alle ganz unterschiedlichen Zielgruppen gibt.

Alleinstehende, junge Familien, ältere Menschen, Studenten, sie alle und alle jetzt nicht genannten Bevölkerungsgruppen sollen auch in Zukunft in Bayreuth ein bezahlbares Wohnangebot finden.

Hier ist in unserer Stadt schon viel erreicht, aber es gibt auch noch viel Bedarf. Sowohl die städtische GEWOG wie auch die anderen Wohnungsbau-genossenschaften kennen ihre wichtige Rolle und handeln entsprechend.

In diesem Zusammenhang ist auch der vor einigen Wochen aus Reihen der SPD-Fraktion kommende Antrag, die örtlichen Wohnungsgesellschaften zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen, um sich über die Entwicklungen am Wohnungsmarkt auszutauschen, sich zu besprechen und gegebenenfalls gemeinsam zu reagieren, sinnvoll und zu begrüßen.

Die GEWOG wird im Jahr 2019 in Neubaumaßnahmen rund 6,5 Millionen Euro investieren, hinzu kommen wieder Maßnahmen der Modernisierung, der Instandhaltung und Instandsetzung, so dass die GEWOG in diesem Jahr in der Summe rund 12,4 Millionen Euro investieren wird.

Nur Stichworte sind Tristanstraße, neues Wohngebiet „Untere Rotmainau“, Quartier Lenbachstraße oder auch das Objekt Bürgerreuther Straße 7 nach dem Brand. Hier ist ein Komplettumbau erforderlich. Durch Änderungen des Grundrisses und den Einbau eines Aufzuges können hier 14 Wohnungen zusätzlich barrierefrei gestaltet werden.

Der Prozess des Bereitstellens von Wohnraum für unterschiedliche Bedürfnisse wird seitens der Stadt zudem dadurch gefördert, dass wir Flächen für unterschiedliche Wohnraumangebote ausweisen. Nur als Beispiele seien genannt:

Ein neues Wohngebiet für 50 bis 75 neue Wohneinheiten wird im Bereich Scheffelstraße/Am Mühlgraben entstehen.

Für weitere 107 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau steht das inzwischen ebenfalls abgeschlossene Bauleitplanverfahren für ein Mischgebiet „Insel / Sophienkarree“.

In Laineck, Kalte Leite, wird es zusätzliche Möglichkeiten geben und vieles weitere mehr, hierzu gehört auch das Interessensbekundungsverfahren im Zusammenhang mit dem Projekt Mehrgenerationenwohnen im Bereich der Flächen des jetzigen Rathauses II. Bis Mitte April haben potentielle Interessenten die Möglichkeit, ihr jeweiliges Konzept bzw. ihre Vorstellungen einzureichen.

Für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in einer Stadt ist es von erheblicher Bedeutung, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Bei der Versorgung mit Wohnungen müssen seitens der Stadt die Bedürfnisse und Notwendigkeiten im Vordergrund stehen, nicht die Frage der Rendite.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zu Augenmaß, Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung gehört auch, dass wir intensiv und dauerhaft an den verschiedenen Themen der Infrastruktur wie beispielsweise am Thema Breitbandausbau im Stadtgebiet arbeiten.

So wurden im Dezember bei der Regierung von Oberfranken für das Förderverfahren für die Gebiete Krugshof, Oberthiergarten, Schlehenberg, Schlehenmühle, Unterpreuschwitz, Wiesen, Wolfsbach und Schupfenschlag die erforderlichen Dokumente zur Prüfung eingereicht.

Mit einem positiven Bescheid und einer Unterzeichnung des Ausbauvertrags für die bezeichneten Gebiete rechnen wir im ersten Quartal des neuen Jahres.

Die Stadt investiert ebenso in die Infrastruktur aus Straßen, Brücken, Kanälen, Rad- und Fußwegen. In der Summe sind für den Verantwortungsbereich des Tiefbauamtes rund 12,5 Millionen Euro vorgesehen, Stichworte sind hier die weitere Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten, für Straßenumbau- und Straßenunterhaltsmaßnahmen, für den Ausbau des Klärwerks und der Deponie Heinersgrund, für die Optimierung der „Grünen Welle“ im Stadtgebiet, für Hochwasserschutz, für Kanalbau, für Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes und vieles andere mehr.

Nicht alles jedoch ist immer gleich zu haben. Ich erinnere hier an das Beispiel der Mainüberdachung, viele von uns, nicht nur die Bayreuther Gemeinschaft und die Oberbürgermeisterin wünschen sich hier eine neue Gestaltung und Öffnung. Auch von Seiten der CSU ist dies thematisiert worden.

Aber wir alle wissen, erst müssen die Maßnahmen zum Hochwasserschutz umgesetzt worden sein, bevor hier etwas geändert werden kann. Dies wird voraussichtlich noch drei, vielleicht auch vier Jahre dauern.

Jetzt also Gelder für Planungen zur Mainüberdachung in den Haushalt 2019 einzustellen, wäre sicher verfrüht.

Und selbstverständlich gibt es auch Themen, bei denen wir alle gerne schon weiter wären. Warum dies nicht so ist, dafür gibt es – je nach Sachverhalt – unterschiedliche Erklärungen.

Dazu gehören beispielsweise das Warten auf entsprechende Förderbescheide, die Planungen erweisen sich als aufwendiger als ursprünglich angenommen usw. Ursache kann auch sein, dass die Planungen zu ändern sind, oder auch, dass die Kapazitäten sowohl am freien Markt wie im eigenen Haus nicht in der notwendigen Größenordnung zur Verfügung stehen.

Ein Beispiel hierfür ist das Thema Stadtarchiv, wir alle wären hier gerne schon weiter, doch werden wir voraussichtlich den Bauantrag und den Antrag aus Mitteln der Städtebauförderung erst in der zweiten Jahreshälfte stellen können. Derzeit arbeitet das Architekturbüro am Raumprogramm.

Was den Umzug der Verwaltung aus dem Rathaus II in die Schlossgalerie bzw. ins Rathaus I betrifft, gibt es ja zunächst einmal die Vereinbarung mit der REHAU AG.

Wenn diese Flächen frei sind, werden sie zunächst als Übergangslösung von Dienststellen, die derzeit im Rathaus I untergebracht sind, genutzt werden. Hintergrund sind die notwendigen Brandschutzmaßnahmen im Rathaus I. Sind diese Arbeiten erledigt, können die notwendigen Baumaßnahmen in der Schlossgalerie zur Vorbereitung des Umzugs angegangen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Problematik Kfz-Zulassungsstelle hinweisen. Ob sich eine gemeinsame Zulassungsstelle mit dem Landkreis umsetzen lassen wird und wenn ja, wann, ist derzeit offen.

Zu beachten ist bei dieser Thematik aber auch, dass in Berlin das Kabinett eine Verordnung verabschiedet hat, nach der künftig Erstzulassung wie auch Wiederzulassung von Fahrzeugen, das Umschreiben sowie Adressänderungen über das Internet möglich sein werden.

Bisher sind ja nur in bestimmten Fällen die Abmeldung und die Wiederzulassung von Fahrzeugen digital möglich. Offen ist noch, wann diese Verordnung und wenn ja, in welcher Form sie in Kraft treten wird. Der Bundesrat ist formell zustimmungspflichtig, es könnten also noch Änderungen erfolgen.

Aber völlig unabhängig davon, welche Änderungen noch einfließen werden, grundsätzlich wird eine solche Regelung erhebliche Erleichterungen für die Kunden bringen, und eine solche Regelung wird sich selbstverständlich auch auf die räumlichen Notwendigkeiten in der Zukunft auswirken.

Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis wie der Region ist gut, ein Beispiel hierfür ist das gemeinsame Online-Gewerbeflächenportal von Stadt und Landkreis Bayreuth. Es ist inzwischen fertiggestellt und freigeschaltet. Durch das neue Angebot werden die Gewerbeflächenpotenziale in der Region besser vermarktet, für Interessenten wird ein aussagekräftiges Informationsangebot vorgehalten.

Gut zusammen arbeiten wir auch auf ganz unterschiedlichen Feldern mit der Universität wie auch mit den Wirtschaftsunternehmen und Institutionen in unserer Stadt. Das Ergebnis der guten Zusammenarbeit auf vielen Feldern ist, dass Bayreuth gute Chancen hat, sich positiv weiter zu entwickeln.

Wir haben eine Rekordzahl an Arbeitsplätzen, eine Rekordzahl an Einwohnern, eine steigende Zahl von Firmen, die Gewerbesteuer zahlen, und vieles andere mehr erreicht.

Auch für die Zukunft haben wir Anlass, optimistisch zu sein.

Als Stichworte aus ganz unterschiedlichen Bereichen und Verantwortlichkeiten seien genannt: Der Medizin-Campus, das geplante regionale Gründerzentrum, die geplante Klinik der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern an der Lohengrintherme, das Friedrichs-Forum, die Investitionen in unsere Schul-landschaft, die Sanierung und der Umbau des Anwesens Münzgasse 9 zum Gemeindehaus der Israelitischen Kultusgemeinde oder die Einrichtung eines Welterbezentrums im ehemaligen Redoutenhaus durch den Freistaat, all dies sind nur Beispiele für unterschiedliche Bereiche, die zeigen, dass die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung unserer Stadt hervorragend sind.

Problematisch und alles andere als zufriedenstellend ist allerdings das Thema einer zukunftsfähigen Bahnanbindung der Stadt und der Region. In den vergangenen Jahren haben wir eine Vielzahl von Gesprächen geführt, Mengen von Briefen geschrieben, sind nach Berlin und München gefahren, haben gemeinsam mit Wirtschaft, mit Universität, mit anderen Städten und Gemeinden versucht, das Thema voranzubringen. Gewisse Schritte sind gelungen, wie die erneute Aufnahme der Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale in den Bundesverkehrswegeplan oder auch Verbesserungen im Fahrplan.

Doch erst vor wenigen Wochen hat der Lenkungsausschusses des Städtetnetzes, zu dem neben Bayreuth die Städte Chemnitz, Zwickau, Plauen, Hof, und Marktredwitz gehören, zu Recht kritisiert, dass es in diesem Bereich nicht wirklich vorwärts geht.

Auf der Landes- wie der Bundesebene wird zwar verstanden, wie notwendig eine zukunftsfähige Bahnanbindung für Bayreuth wie die Region ist, aber ein absehbarer Zeitraum, verbindliche Zusagen gibt es bis heute nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

hinweisen möchte ich auch auf ein ganz anderes Thema, auf ein besonderes Projekt der Stadtwerke in Zusammenarbeit mit der Universität. An der Universität wird ein neues innovatives Kraft-Wärme-Kopplungs-System (iKWKS) der Stadtwerke entstehen. Das Projekt liegt in einer Größenordnung von rund 5 Millionen Euro Investition für die Stadtwerke, es wird voraussichtlich jährlich rund 5.000 Tonnen CO₂ einsparen.

Was den Bereich Elektromobilität in der Stadt angeht, wurden im vergangenen Jahr weitere sieben, vom Bund geförderte Ladesäulen der Stadtwerke in Betrieb genommen. Am Parkplatz Sendelbach entsteht – voraussichtlich Ende Februar – eine Schnell-Ladestation, zudem besteht seit Oktober am Parkhaus Oberfrankenhalle/Sportpark die Lademöglichkeit für E-Autos und an diesem Parkhaus wird – voraussichtlich ab Mitte des Jahres – zudem eine Photovoltaik-Anlage künftig für Sonnenstrom für E-Autos sorgen.

Bayreuth verfügt mit inzwischen knapp 20 öffentlichen wie privaten Ladesäulen – im Vergleich mit anderen Städten dieser Größenordnung – inzwischen über eine beachtenswerte Anzahl von Ladesäulen.

Bayreuth bekommt zudem als eine der ersten Städte in der Metropolregion Nürnberg eine Wasserstoff-Tankstelle. Nach einem mehrwöchigen Probebetrieb ist die öffentliche Inbetriebnahme für März vorgesehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Kooperation der GEWOG mit den Stadtwerken beim Thema Mieterstrom erwähnen. Dieses Modellprojekt wird bei zwei Mehrfamilienhäusern in der Unteren Rotmainau umgesetzt. Die GEWOG hat auf den Dächern der beiden Häuser eine Photovoltaik-Anlage mit einer Leistung von insgesamt 25 Kilowatt installiert. Sie produziert pro Jahr rund 23.000 Kilowattstunden Sonnenstrom, was in etwa dem Jahresverbrauch der zwölf Wohnungen entspricht.

Scheint die Sonne nicht, liefern die Stadtwerke Bayreuth Ökostrom aus dem Netz. Unabhängig, ob Sonnenstrom oder Ökostrom, die Mieter zahlen einen reduzierten Preis je Kilowattstunde.

Anregen möchte ich an dieser Stelle, dass wir uns gemeinsam in der ersten Hälfte dieses Jahres mit der Thematik Feuerwerk zu Silvester beschäftigen. Hier stehen sich zum einen die Freude zum Jahreswechsel, ausgedrückt durch das Feuerwerk zu Silvester, und Fragen des Tierschutzes, der Feinstaubbelastung wie auch der Anfall ungeheurer großer Mengen Abfall gegenüber. Zudem fürchten viele Menschen durch unkontrollierte „Böllerei“ um ihre Gesundheit.

Mein Vorschlag ist, dass wir gemeinsam beraten, ob nicht beispielsweise Feuerwerk im Bereich und in Nähe des Lindenhofs nicht mehr stattfinden sollte und für das Stadtgebiet Bereiche definiert werden, in denen Feuerwerk zulässig ist, und Bereiche, in denen dies nicht der Fall ist. Ich weiß, dass dies kein einfaches Thema ist, Befürworter wie Gegner einer Regelung dürften jeweils zahlreich sein und haben – jede Seite für sich betrachtet – gute Argumente, aber das sollte uns nicht abhalten, über dieses Thema zu diskutieren und zu überlegen, ob wir Teilbereiche unseres Stadtgebietes vom Böllern, von Mehrschussbatterien oder Silvesterraketen freihalten wollen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die finanzielle Lage der Stadt gibt uns die Möglichkeit zu investieren, sie gibt uns die Möglichkeit zu erheblichen freiwilligen Leistungen, sie gibt uns die Möglichkeit benötigtes Personal einzustellen und vieles andere mehr.

Zu all diesen und anderen Themen haben wir entsprechende Beschlüsse gefasst. Wir dürfen jedoch nicht außer Acht lassen, dass unser Haushalt insbesondere davon abhängt, dass Einnahmen und Ausgaben im richtigen Verhältnis sind. Geben wir mehr aus, als wir einnehmen, ist unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit gefährdet.

Wir haben im vergangenen Jahr beispielsweise Beschlüsse für zusätzliches Personal gefällt, weil es einfach notwendig ist.

Aber dies erhöht nun einmal die Personalkosten und auch die Tarifierhöhungen schlagen zu Buche. Insgesamt liegen die eigenbestimmten Ursachen für den höheren Ansatz bei rund 945.000 Euro, die fremdbestimmten Ursachen, wie beispielsweise Tarifabschlüsse, bei 2,3 Millionen Euro.

In der Summe liegt der Ansatz im Bereich der Personalauszahlungen für 2019 bei 79,49 Millionen Euro, im Jahr 2018 waren es 76,31 Millionen Euro.

Den Ansatz 2018 haben wir – Stand 10. Januar – um 1,79 Millionen Euro unterschritten.

Wir haben auch in anderen Bereichen Ausgabenerhöhungen, weswegen ich es für dringend erforderlich halte, darauf hinzuweisen, dass wir zwar derzeit eine gute finanzielle Situation haben, dass wir uns aber darüber im Klaren sein müssen, dass sich dies schnell ändern kann.

Bereits jetzt warnen Wirtschaftsexperten vor einer denkbaren Eintrübung der Konjunktur. Die Präsidentin der IHK Bayreuth, Sonja Weigand, beispielsweise hat vergangene Woche formuliert: „Bei der oberfränkischen Wirtschaft überwiegt weiter der Optimismus, auch wenn sich erste Eintrübungen zeigen.“

Und IHK-Hauptgeschäftsführerin Gabriele Hohenner wurde – ebenfalls in der vergangenen Woche – mit folgenden Worten zitiert: „Das Weltwirtschaftsklima wird spürbar rauer.“

Wir sind also gut beraten, wenn wir weiterhin mit Augenmaß agieren und unsere Ausgaben an die Einnahmen anpassen.

Mit einer Flaute würden unsere Spielräume sofort eng. Wenn wir jetzt – wie in den vergangenen Jahren – Augenmaß beweisen, verringern wir das Risiko, dass eine wirtschaftliche Eintrübung dazu führt, dass der soziale Zusammenhalt in unserer Stadt gefährdet wird. Niemand von uns kann wollen, dass Menschen enttäuscht werden, weil wir wegen geringerer Einnahmen einstmals gewährte Leistungen kürzen müssen.

Wir haben heute einen Rekordstand an Einwohnern, wir haben eine lebenswerte Stadt Bayreuth, wir haben in den vergangenen sechs Jahren ein erhebliches Wachstum im Bereich Arbeitsplätze, wir haben der einstmaligen hohen Verschuldung einen erfolgreichen Kampf geliefert und Handlungs- bzw. Gestaltungsspielraum gewonnen.

Mit diesem Haushalt, der geprägt ist von Augenmaß, von Verlässlichkeit und Zukunftsorientierung, können wir diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Aufstellung des Haushalts ist auch im Jahr 2019 eine Aufgabe, die viel Kraft, Zeit und Energie gefordert hat. Ich darf mich daher ausdrücklich bei Finanzreferent Michael Rubenbauer wie auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzreferats, die an der Haushaltsvorlage mitgearbeitet haben, bedanken, wie ich auch die Gelegenheit nutzen möchte, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit und das Engagement im vergangenen Jahr herzlich zu bedanken.

Mein Antrag lautet:

„Der Haushaltsentwurf 2019 wird an die Stadtratsfraktionen verwiesen. Die Haushaltsberatungen des Stadtrats finden am Montag, den 11. Februar 2019, ganztägig in öffentlicher Sitzung statt. Die Verabschiedung des Haushalts ist für die Stadtratssitzung am Mittwoch, den 27. Februar 2019, terminiert.“

Doch bevor wir hierüber abstimmen, darf ich Finanzreferent Michael Rubenbauer bitten, Ihnen weitere Einzelheiten des Haushaltsentwurfs 2019 zu erläutern.

Und damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sage ich Ihnen allen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!